

**Protokoll  
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz- und  
Rechnungsprüfungsausschusses am 24.04.2008**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 22:25 Uhr  
**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2 - 6  
19053 Schwerin  
Raum 1029

---

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Lasch, Jürgen SPD-Fraktion

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Gramkow, Angelika Fraktion DIE LINKE

**ordentliche Mitglieder**

Schönfeld, Ralf CDU-Fraktion und Liberale  
Schulte, Bernd SPD-Fraktion  
Teubler, Ulrich Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Trübe, Birgit Fraktion DIE LINKE

**stellvertretende Mitglieder**

Reimers, Wolfgang CDU-Fraktion und Liberale  
Steinmüller, Rolf Fraktion Unabhängige Bürger  
Tanneberger, Gerd-Ulrich CDU-Fraktion und Liberale

**Verwaltung**

Abt, Ilona  
Bartsch, Ulrich  
Dankert, Matthias  
Geniffke, Jutta  
Hoch, Kerstin  
Kutzner, Torsten  
Mattenklott, Reinhard  
Niesen, Dieter  
Rath, Torsten  
Ruhl, Andreas  
Thoms, Brigitte

Wollenteit, Hartmut

**Gäste**

Dr. Marin, Hagen  
Simon, Franzel

**Leitung: Jürgen Lasch**

**Schriftführer: Ingrid Arlt**

**Festgestellte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
  
3. Bestätigung von Sitzungsniederschriften
  
- 3.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 77. Sitzung vom 21.02.2008 (öffentlicher Teil)
  
- 3.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 78. Sitzung vom 28.02.2008 (öffentlicher Teil)
  
4. Mitteilungen der Verwaltung
  
5. Beratung von Beschlussvorlagen
  
- 5.1. Fraktionszuwendungen aus kommunalen Haushaltsmitteln für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008  
Vorlage: 01846/2007
  
- 5.2. Kindertagesförderung: Leistungsentgelte 2008  
Vorlage: 01950/2008
  
- 5.3. Produktplan und Produktbeschreibungen der Landeshauptstadt Schwerin  
Vorlage: 01937/2008

- 5.4. Zustimmung zum Bau des Autobahnzubringers zur Anschlussstelle bei Plate an die A14  
Vorlage: 02012/2008
- 5.5. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 01856/2007

### **Protokoll:**

#### **Öffentlicher Teil**

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

#### **Bemerkungen:**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der vorgelegten Tagesordnung einschließlich der Nachtragstagesordnung wird zugestimmt.

- zu 3 Bestätigung von Sitzungsniederschriften**

- zu 3.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 77. Sitzung vom 21.02.2008 (öffentlicher Teil)**

#### **Bemerkungen:**

Ohne Änderungen wird dem Protokoll zugestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

- zu 3.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 78. Sitzung vom 28.02.2008 (öffentlicher Teil)**

#### **Bemerkungen:**

Ohne Änderungen wird dem Protokoll zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 7  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 2

**zu 4      Mitteilungen der Verwaltung**

**Bemerkungen:**

Herr Niesen informiert die Anwesenden darüber, dass das Genehmigungsschreiben vom Innenministerium zum PPP-Vorhaben Lambrechtsgrund beim Oberbürgermeister eingegangen ist.

Zum Inhalt des Erlasses erklärt er, dass eine Sonderbedarfszuweisung in Höhe von 3 Mio € gewährt wird, was aber voraussetzt, dass die LH Schwerin die erforderliche Haushaltskonsolidierung betreibt und selbst die vereinbarten Eigenmittel in Höhe von 8 Mio € aus zusätzlichen Vermögensveräußerungen erbringt. Zur Finanzierung des Investitionszuschusses in Höhe von 12 Mio € stellt das Land insgesamt 4 Mio € unter Auflagen bereit.

Die erteilten Auflagen sind im Wesentlichen Informationspflichten, die die Landeshauptstadt gegenüber dem Innenministerium hat, erklärt Herr Niesen weiter, wie z.B.

- vierteljährliche Information an das Innenministerium über die Projektrealisierung, insbesondere über die Abwicklung der Verträge und die eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung des städtischen Investitionszuschusses
- Information an das Innenministerium über den Beschluss der StV zum erforderlichen Verfahren und zum Zeitplan der zu veräußernden Vermögensgegenstände, die zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils am Investitionszuschuss zu sichern sind
- Bis zum 30.05.2008 Vorlage über die Zusicherungen zur Gewährung von Fördermitteln bzw. über die Verlängerung des Hauptstadtvertrages mit Verwendungsmöglichkeiten
- Änderungen in den Aufgaben der Stadtverwaltung sind zu prüfen. Nicht mehr erforderliche Stellen sind zu streichen – kw-Vermerke sind im Stellenplan zu dokumentieren.
- Die Finanzierung der Zahlungsverpflichtungen aus dem Vertragswerk ist unter Darstellung des Erreichens des Haushaltsausgleiches mit dem HSK bis zum 31.05.2008 nachzuweisen.

In der geführten Diskussion zu den Auflagen erklärt Herr Niesen auf Nachfrage, dass die Verträge mit dieser Genehmigung wirksam sind und umgesetzt werden können. Der Investitionszuschuss in Höhe von 12 Mio € ist als VE in den Hpl-Entwurf 2008 eingestellt, sowie 4 Mio € für Sonderbedarfszuweisungen vom Land (Einnahme in Höhe von 3 Mio € im Investitionsprogramm im Jahre 2009, sowie jeweils 500 T€ in 2012 und 2013.)

**zu 5 Beratung von Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Fraktionszuwendungen aus kommunalen Haushaltsmitteln für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008  
Vorlage: 01846/2007**

**Bemerkungen:**

Ohne weiteren Beratungsbedarf wird über die Vorlage votiert.

**Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung gewährt den gebildeten Fraktionen in der Stadtvertretung für den Zeitraum vom 01. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2008 Fraktionszuwendungen in Höhe von 250.000,00 €.
2. Die Fraktionszuwendungen werden für den Zeitraum vom 01. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2008 wie folgt festgesetzt:  
  

CDU-Fraktion und Liberale (15 Mitglieder, ab 29.1.08 14)	81.719,91 €
Fraktion Die LINKE (11 Mitglieder)	63.830,37 €
SPD-Fraktion (8 Mitglieder)	46.422,10 €
Fraktion Unabhängige Bürger (6 Mitglieder)	34.816,57 €
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (4 Mitglieder)	23.211,05 €
3. Die Fraktionszuwendungen sind monatlich im Voraus an die Fraktionen auszuführen. Berechnungsgrundlage ist jeweils die Anzahl der Tage für den zu zahlenden Monat.
4. Löst sich eine Fraktion auf bzw. bildet sich eine neue Fraktion oder verringert bzw. erhöht sich im Laufe des Bereitstellungszeitraumes die Anzahl der Mitglieder einer Fraktion, so ist der Betrag zum 1. des auf die Anzeige der Mitgliedschaft zur Fraktion bzw. des Austritts aus der Fraktion folgenden Monat entsprechend neu zu berechnen. Die Feststellung über die Neuberechnung wird dem Oberbürgermeister übertragen. Der Haupt- sowie der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung sind zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 7  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 2

**zu 5.2 Kindertagesförderung: Leistungsentgelte 2008  
Vorlage: 01950/2008**

**Bemerkungen:**

Herr Buck verweist auf die Vorlage und erklärt auf Nachfrage, dass für 17 von 19 Einrichtungen der Kita gGmbH das Entgelt gesenkt werden konnte. Für 2 Einrichtungen erhöhen sich die Entgelte.

Der Schwerpunkt in der Erhöhung der Entgelte liegt in der Neubewertung der Bausubstanz durch das ZGM. In einer Einrichtung wurden erhebliche Investitionsmaßnahmen durchgeführt, die sich in erhöhten Mietkosten niederschlagen und somit zur Erhöhung der Entgelte beitragen. Ein weiterer Grund zur Erhöhung des Entgeltes ist die Anwendung eines erweiterten pädagogischen Konzeptes in einer Einrichtung.

Auf die Frage von Herrn Steinmüller zur Einarbeitung der Tarifierhöhung erklärt Herr Buck, dass mit 3% Lohnsteigerung gerechnet wurde.

Frau Gramkow weist darauf hin, dass es noch Mehrbedarfe für die Hortbetreuung gebe und deshalb 70 T€ zusätzlich auf der 2. Veränderungsliste der Verwaltung aufgenommen wurden. Auf die Frage an die Verwaltung, ob diese Mehrkosten auch ausreichend sind erklärt Herr Buck, dass diese Frage aus heutiger Sicht noch nicht beantwortet werden kann, weil die Kita Bedarfsplanung noch nicht abgeschlossen ist. Herr Wollenteit ergänzt, dass die Schuluntersuchungen noch nicht abgeschlossen sind und daher noch keine belastbaren Bedarfe genannt werden können.

#### **Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung nimmt die in den Anlagen 1 bis 3 aufgeführten Leistungsentgelte für Kindertageseinrichtungen zur Kenntnis und ermächtigt den Oberbürgermeister, mit Trägern von Kindertageseinrichtungen einrichtungsbezogene Leistungs- und Entgeltvereinbarungen gemäß §§ 78 b – e SGB VIII iVm. § 16 KiföG M.-V. abzuschließen.
2. Die Stadtvertretung ermächtigt den Hauptausschuss, zukünftig zu verhandelnde Entgelte für Kindertageseinrichtungen zu bestätigen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

### **zu 5.3      Produktplan und Produktbeschreibungen der Landeshauptstadt Schwerin** **Vorlage: 01937/2008**

#### **Bemerkungen:**

Anhand einer Power Point Präsentation (ist als Dokument in der 81.FA Sitzung in Session abgelegt) erklärt Herr Ruhl u.a. die Notwendigkeit der Produktbildung zur Einführung des NKHR, die Auswirkungen auf die Haushaltsgliederung usw.

Frau Gramkow erklärt, dass sie den vorgelegten Produktplan als sehr gut bewertet, weil u.a. sehr überschaubare Produkte gebildet wurden und informiert die Anwesenden darüber, dass die Fraktionen den Produktplan ebenfalls beraten. Um einen interkommunalen Vergleich so effektiv wie möglich zu erzielen, muss eine entsprechende Definition der Produkte erfolgen, erklärt Herr Ruhl auf Nachfrage und führt weiter aus, dass die Fachausschüsse bei der Definition mit einbezogen werden. Frau Trübe bittet die Verwaltung um eine Produktbeschreibung für den Finanzbereich als Anlage zum Protokoll.

Auf die Frage von Frau Gramkow, ob durch das Verfahren pflichtige- und freiwillige Leistungen definiert werden können erklärt Herr Ruhl, dass man bei der

Definition von den gesetzlichen Grundlagen ausgegangen sei und nach Entscheidung diese in das Verfahren eingegeben wurde.

Abschließend gibt Frau Gramkow folgende Erklärung:

Die Beschlussvorlage DS-Nr. 01485/2007 – Haushaltsbudget – (Antrag der Fraktion DIE LINKE) wurde in der StV am 31.03.2008 beschlossen. Inhalt dieses Antrages war, ab dem Haushaltsjahr 2008 für die pflichtigen Leistungen der Landeshauptstadt eigene Haushaltsbudgets zu bilden und entsprechende Verantwortlichkeiten festzulegen. Sie wird in der StV darum bitten, diesen Antrag wieder aufzuheben.

**Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung beschließt den in der Anlage beigefügten Produktplan.
2. Die in der Anlage beigefügten Produktbeschreibungen werden ebenfalls beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 5.4 Zustimmung zum Bau des Autobahnzubringers zur Anschlussstelle bei Plate an die A14  
Vorlage: 02012/2008**

**Bemerkungen:**

Herr Lasch informiert die Anwesenden darüber, dass im HA folgende Festlegung getroffen wurde:

„In die Planungsvereinbarung (Anlage zur Beschlussvorlage) ist unter § 5 „Kostenteilung“ zu ergänzen, dass der Bau der gemeindlichen Erschließungsstraße nur dann erfolgt, wenn seitens des Landes eine mind. 75%-ige Förderung bewilligt wird.“

Frau Abt, Mitarbeiterin in der Abteilung Wirtschaftsförderung erklärt dazu, dass von dem Verantwortlichen des Landkreises Parchim dargestellt wurde, dass der Landkreis ebenfalls auf die Idee kommen könnte, eine Förderung von 75 % zu fordern. Gegenwärtig könnte nur eine Förderung von 65 % aus GVFG Mitteln in Betracht kommen. Damit würde sich das gesamte Verfahren weiter verzögern. Der Kreistag hat die Zustimmung zum Bau des Autobahnzubringers bereits erteilt. Der Landkreis baut nur, wenn eine Förderung gewährt wird.

Herr Niesen erklärt dazu, dass ohne diesen Zusatz die Vereinbarung nicht unterzeichnet werden kann, da haushaltsmäßig bisher nur die Planungskosten berücksichtigt seien, die Vereinbarung sich allerdings auf Planung und Bau beziehe. Aus haushaltsrechtlicher Sicht bzw. finanzieller Sicht muss der Bau des Autobahnzubringers finanziell gesichert sein, d.h. dass Hhmittel für 2008 und VE für die kommenden Haushaltsjahre in den Haushaltsplan 2008 eingestellt sein müssen. Herr Niesen weist darauf hin, dass Verpflichtungsermächtigungen (VE) genehmigungspflichtig sind.

Nachdem Frau Abt die Notwendigkeit des Autobahnzubringers den

Ausschussmitgliedern nochmals erläuterte, wird nach kurzer Diskussion folgender Verfahrensvorschlag beschlossen:

Die Vorlage wird zurückgestellt und die Verwaltung gebeten, zur gemeinsamen Sitzung von HA und FA am 29.04.2008 den Ausschussmitgliedern einen abgestimmten Vorschlag zu unterbreiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Wiedervorlage

**zu 5.5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 01856/2007**

### **Bemerkungen:**

Folgende Dokumente werden beraten und beschlossen:

1. Veränderungsliste der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: 7/-/ 1

2. Veränderungsliste der Verwaltung

Herr Bartsch kündigt die 2. Veränderungsliste an und weist auf einige geänderte Haushaltsstellen hin. Die 2. Veränderungsliste wird in Kürze an die Ausschussmitglieder verschickt.

### **Änderungsanträge der Ausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

(Die Auflistung aller einzelnen Anträge mit den entsprechenden Voten ist in der 84.FA Sitzung als Dokumente in Session beigefügt)

### **Verwaltungshaushalt**

Lfd. Nr. 14 – lfd. Nr 19

### **Vermögenshaushalt**

Lfd. Nr. 24 – lfd. Nr. 29

Für folgende Aufträge wird die Verwaltung um Erledigung gebeten:

Frau Gramkow bittet die Verwaltung zu prüfen, ob Haushaltsmittel frei werden, wenn das Land die Förderung für den Beutel erhöht und ob dabei auch Städtebaufördermittel frei werden.

### **Lfd. Nr 19 – Planung Autobahnzubringer Göhrener Tannen**

Es gibt Einigkeit im FA dahingehend, über den Einsparvorschlag in Höhe von 200 T€ heute nicht zu votieren, weil über die BS Vorlage 0212/2008 noch nicht abschließend votiert wurde.

Wiedervorlage: 29.04.2008

### **Lfd. Nr 24 – Sanierung Schwimmhalle Lankow**

Die Abstimmung 7/-/1 erfolgt unter der Bedingung, dass die Planungskosten genau ermittelt und eingestellt werden, wenn 2009 gebaut wird.

Information erbeten am 29.04.2008

gez. Jürgen Lasch

---

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

---

Protokollführer